

Das Kriegsbeil ist ausgegraben

Der „Sudetendeutsche“ Tag in Augsburg war, wie wir schon befürchtet haben, an politischer Hetze gegen Tschechien kaum mehr zu überbieten. Als am Pfingstsonntag die Meldung die Runde machte, dass am Montag in Prag ein Denkmal zu Ehren von Edvard Beneš enthüllt werden soll, fing die Spitze der Sudetendeutschen Landsmannschaft und Stoiber in Augsburg zu toben an. Die tschechische Öffentlichkeit fühlte sich bedroht, der tschechische Rundfunk verlautbarte, die deutsche Seite mische sich ein wie 38. Wir zitieren nach Radio Prag vom 17.5.2005:

Der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber hatte die Enthüllung der Statue am Sonntag [...] als „Provokation“ bezeichnet. Beneš sei für viele Sudetendeutsche ein schmerzhaftes Symbol für die Vertreibung aus der Tschechoslowakei, so Stoiber, der Beneš in diesem Zusammenhang mit Jossif Stalin verglich. Dazu der Präsident des tschechischen Abgeordnetenhauses, Lubomir Zaoralek:

„Es tut mir leid, dass ich auf diese Äußerung hier reagieren muss. Aber so etwas können wir von tschechischer Seite nicht einfach übergehen. Denn wer so etwas sagt, dem geht es nicht um einen Dialog oder ein Gespräch. Das ist ein Angriff auf unsere Staatlichkeit. Ein Angriff auf Beneš ist zugleich ein Angriff auf den Staatsgründer Tomas Garrigue Masaryk und die Ideologie des 1918 gegründeten tschechoslowakischen Staates.“ⁱ

Ein unfassbares Signal aus der Friedensstadt Augsburg im Festjahr Pax 2005: Die Tschechei, Mitglied der Europäischen Union, wird von den Spitzen der Sudetendeutschen Landsmannschaft, der CSU und des Freistaates Bayern in ihrer *Staatlichkeit angegriffen!* Unfassbar auch, dass der Oberbürgermeister von Augsburg solche notorischen Unruhestifter eingeladen hat, ihre Hetzveranstaltung in zwei Jahren erneut in der Stadt abzuhalten.

Da es für uns ziemlich wichtig ist, was die tschechische Seite meint, sei hier noch die Prager Zeitung zitiert:

Analyse: Ein tschechischer Kriegsheld

Zur Kritik aus Deutschland an einem Denkmal für Edvard Beneš.

Er war einer der Väter der ersten Tschechoslowakischen Republik, deren erster Außenminister und später zweiter Präsident. Seit Anfang dieser Woche hat der Staatsmann Edvard Beneš vor dem Prager Außenministerium ein Denkmal. Seinen diplomatischen Fähigkeiten verdanken die Tschechen ihren modernen Nationalstaat und während des Zweiten Weltkriegs verkörperte er den tschechischen Auslands- und Heimatwiderstand. Auf ihn richteten sich in den Jahren der deutschen Okkupation die Hoffnungen des tschechischen Volkes. Sein Einzug in Prag vor 60 Jahren, im Mai 1945, gestaltete sich zu einem Festakt – die eigentliche Bestätigung des tschechoslowakischen Sieges über den Nationalsozialismus.

Für die Sudetendeutsche Landsmannschaft, die sich in Augsburg zum 56. Mal traf, ist die Enthüllung des Beneš-Denkmal eine „tschechische Provokation“, weil sie zeitgleich mit ihrem Treffen stattfand. Wollte man den Protest ernst nehmen, dann wäre eine Protestnote des tschechischen Außenministeriums, die ihrerseits den Sudetendeutschen Tag als Provokation bezeichnen würde, genau so berechtigt. Das traditionelle Treffen findet schließlich regelmäßig an den Jahrestagen des Kriegsendes von 1945 statt.

Die Erklärung der Landsmannschaft könnte man mit einem Kopfschütteln abtun. Letztlich hat der Vertriebenenverband Beneš in den vergangenen Jahren auch schon als „Massenmörder“ bezeichnet. Aber ganz so einfach ist es dann doch nicht. Denn den sudetendeutschen Ausrufen schloss sich in Augsburg ein frenetischer bayerischer Ministerpräsident an. Die Rede von Edmund Stoiber zeigt, dass in einigen Kreisen der deutschen Politik die deutsche Kriegs- und Nachkriegsvergangenheit bei Weitem noch nicht ausreichend aufgearbeitet ist. Und Stoiber gehört – trotz seines Debakels bei den letzten Bundestagswahlen – immer noch zu den Spitzen der deutschen Politik.

Prager Zeitung 18.5.2005

Es ging aber nicht nur um Beneš und das Denkmal. Wie schon öfter, versuchten prominente, rechte Politiker anlässlich des Sudetendeutschen Tages politische Pflöcke einzurammen. Mit verteilten Rollen operierten hier Edmund Stoiber als „Schirmherr“ der Sudetendeutschen Landsmannschaft (SL) und Ministerpräsident von Bayern, Christa Stewens als „Schirmherrschaftsministerin“, Johann Böhm als ehemaliger Landtagspräsident und jetziger Sprecher der SL und Bernd Posselt als SL-Bundesvorsitzender.

Fangen wir mit Stoibers Hauptrede am Pfingstsonntag an. Im Gegensatz zu den Faschisten räumt er die Verbrechen der Nationalsozialisten – auch an der tschechischen Bevölkerung – ein. Diese Passage ist ihm 234 Worte wert, aber selbst hier kann er es nicht lassen, „*aller Opfer des Krieges, auch der Opfer im eigenen Volk*“ zu gedenken. Die restlichen 3686 Worte in Stoibers Rede sind im wesentlichen Tschechenhetze.ⁱⁱ Allein durch diese Unverhältnismäßigkeit sind die Verbrechen des deutschen Faschismus bereits relativiert und stehen im Verlaufe der langen weiteren Rede die Tschechen als Kriegsverbrecher da. In seinen Vergleichen ist Stoiber dabei nicht zimperlich:

„90 Jahre nach dem Genozid an den Armeniern ist die Diskussion in Europa darüber aufgeflammt, obwohl niemand von den damals betroffenen Menschen noch lebt. Auch in Asien wird in diesen Tagen um die Akzeptanz von Schuld und um historische Wahrheit gestritten. Genauso wird es beim Thema Vertreibung sein und bleiben, wenn es in Europa nicht gemeinsam aufgearbeitet wird.“

Immerhin rückt Stoiber damit die Maßnahmen der Alliierten bzw. der Tschechoslowakei in die Nähe des Völkermords der Türkei an den Armeniern bzw. der Verbrechen des japanischen Regimes in China. Hinzu kommt, dass die Verantwortlichen und Täter bei Stoiber in einer blassen und abstrakten „NS-Diktatur“ verschwinden. In solchen Redewendungen gibt es den Gauleiter Henlein und die Sudetendeutsche Partei schon gar nicht mehr. Die unsägliche Relativierung der deutschen Verbrechen ist aber nicht der alleinige Zweck der Übung.

Die Brandmarkung der Maßnahmen der Alliierten nach dem zweiten Weltkrieg in Osteuropa als Verbrechen, Kriegsverbrechen schreit nach einer Revision der Potsdamer Verträge und damit Aufhebung der Nachkriegsordnung. Dies – erstmals so offen auszusprechen und nicht nur via Kritik der Benes-Dekrete permanent anzudeuten – blieb dann dem Sprecher der SL Johann Böhm vorbehalten. Stoiber bereitete den Boden, bzw. flankierte Aussagen von Johann Böhm, dessen Rede in der Aufforderung an die Signatarstaaten des Potsdamer Abkommens vom 2. August 1945 gipfelte, „die Billigung der Vertreibung der Sudetendeutschen Volksgruppe aus der Tschechoslowakei durch das Potsdamer Abkommen“ als „großen Irrtum der Nachkriegszeit“ zu verurteilen.ⁱⁱⁱ Insofern war der „Sudetendeutsche“ Tag in Augsburg schon von historischer Qualität.

In der Rede Stoibers fällt noch ein anderer Pferdefuß auf: Er verschweigt zwar die Verbrechen der Nazis nicht, aber er stellt die „Verbrechen“ der Tschechen einfach – scheinbar ohne Zusammenhang – daneben. Jedenfalls vermeidet er, eine *Kausalität* zwischen den deutschen Verbrechen und den Maßnahmen der Alliierten bzw. der Tschechoslowakei festzustellen.

In seiner Rede beim „Sudetendeutschen“ Tag 2000 sagte Stoiber noch:

Aber weder waren die Deutschen und die Sudetendeutschen alle Nazi-Verbrecher, noch waren die Slowaken, Polen oder Tschechen alle Vertreiber. Zur geschichtlichen Wahrheit gehört, dass das eine Verbrechen das andere Verbrechen zwar mit ausgelöst hat, dass aber das eine Unrecht das andere Unrecht **niemals rechtfertigen** kann. Unrecht kann weder gegeneinander aufgerechnet noch miteinander verglichen werden. **Jedes Unrecht steht für sich.** ^{iv}

Stoiber bestätigte hier wenigstens noch, dass „das eine Verbrechen das andere Verbrechen [...] mit ausgelöst hat“.

Fünf Jahre später in Augsburg spricht Stoiber nur noch von einem „*vorangegangenen* Unrecht“. Wörtlich: „*Vorangegangenes Unrecht darf und kann nie Quelle und Rechtfertigung für neues Unrecht sein, schon gar nicht im Sinne einer Kollektivschuld.*“ Stoiber erweitert also die gewohnte Formel von der „Rechtfertigung“ um den Begriff „Quelle“. Man vernehme also: „*Vorangegangenes Unrecht [...] kann nie Quelle [...] für neues Unrecht sein [...]*“ Damit ist nicht nur die *Kausalität* der Taten der Nazis und der darauf folgenden Maßnahmen verschwunden. Stoiber behauptet damit auch, dass die *Quelle*, also die *Ursache* der folgenden Maßnahmen nicht im Vorangegangenen liegen *können*. Das ist sehr weitgehend, denn damit vermeidet Stoiber den Begriff der *Kausalität* nicht nur, sondern er stellt diese Kausalität in Frage. Zum Schritt der direkten Negation der Kausalität ist es dann nicht mehr weit.

Diesen Schritt durfte und sollte Ministerin Christa Stewens, „Schirmherrschaftsministerin“ der SL, tun! Wir zitieren einen Bericht der Netzeitung:

Die Vertreibung von Millionen Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg muss nach Ansicht Bayerns als eigenständiges Unrecht klassifiziert werden. „Es darf nicht weiter Übung bleiben, das Unrecht der Vertreibung nur im Zusammenhang mit deutschen Kriegsverbrechen zu sehen und damit beiseite zu legen“, erklärte Sozialministerin Christa Stewens. Nach Angaben ihres Ministeriums forderte die CSU-Politikerin „Gerechtigkeit gegenüber den 15 Millionen deutschen Heimatvertriebenen durch die Anerkennung des Vertreibungsunrechts als eigenes Unrecht“. ^v

Frau Stewens nähert sich damit bedenklich der Propaganda der Vertriebenenverbände in den 50er Jahren, die vom Nationalsozialismus noch direkt angehaucht war. So wurden die Beschlüsse der Alliierten 1950 z.B. von sudetendeutschen „Wissenschaftlern“ so beurteilt:

„Wenn diese Beschlüsse auch als Reaktion auf den vom deutschen Nationalsozialismus ausgelösten zweiten Weltkrieg erscheinen, so wird es doch täglich klarer, dass sie in erster Linie ein Triumph der slawisch-nationalistischen Bewegung waren, die dem deutschen Nationalsozialismus ebenbürtig an die Seite zu stellen ist“. ^{vi}

Frau Stewens bemüht also mit dem „*eigenständigen Unrecht*“ und der Abkoppelung vom „*Zusammenhang mit deutschen Kriegsverbrechen*“ im Grunde das slawische Monster. Man darf nicht übersehen, dass diese Frau im Ministerrat sitzt und auch für Bayern spricht.

Nimmt man noch den Bundesvorsitzenden der SL, Posselt, hinzu, der die „Volksgruppen“-Politik in Europa verankern will ^{vii} – eine Spielart unseliger deutscher „Volkstums“-Politik – so darf man wahrscheinlich ohne Übertreibung feststellen, dass der Sudetendeutsche Tag in Augsburg einer der schlimmsten war. Vielleicht haben sich die Spitzenfunktionäre der Sudetendeutschen Landsmannschaft und ihre politischen Schirmherrinnen und Schirmherrn weiter aus dem Fenster gelehnt, als in den letzten zwei, drei Jahrzehnten zuvor. Wieso?

Ein Aspekt ist sicher, dass mit der massiven Infiltration Tschechiens durch deutsches Kapital neue Möglichkeiten heranreifen. Ein Beispiel ist z.B. die Blauäugigkeit der tschechischen Medien, wo sich neben vielen kritischen Stellungnahmen auch solche finden, „*dass auch Stoiber während seiner Rede ganz klar auf die Kausalität zwischen Krieg und Vertreibung*

hingewiesen hat und ebenso klar sagte er auch, dass das größte Verbrechen der Nazis in der versuchten Vernichtung des jüdischen Volkes bestand.“^{viii} – Nach dem oben dargelegten, ist diese Aussage kaum haltbar. Wir wissen nicht, ob sich Kräfte bei Radio Prag täuschen lassen oder täuschen wollen...

Ein anderer sehr auffälliger Aspekt ist, dass die SL und die CSU sich zunehmend Schützenhilfe auf europäischer und internationaler Ebene erhoffen. Waren die Unrechts-Rhetoriker der Vertriebenenverbände bisher in Europa völlig isoliert, so orten sie nun Fürsprecher in den baltischen Staaten, in Ungarn ... Mit der Achse München-Wien-Budapest ließe sich die Nachkriegsordnung vielleicht aufdröseln... Besonderen Auftrieb gab die Rede Bush's in Riga, wo er die „Gefangenschaft“ der Baltenstaaten durch „ein anderes totalitäres Reich“ anprangerte und „die sowjetische Besetzung Osteuropas“ als „eine der größten Unrechts-Taten der Geschichte“ bezeichnete. „Wir haben niemals die Besetzung anerkannt und akzeptiert“, sagte Bush in Lettland am 7. Mai 2005.

Der Spiegel schreibt:

In einem Interview mit dem Moskauer Fernsehsender NTW sagte Bush, die Sowjetunion, die USA und Großbritannien hätten in Jalta 1945 eine Entscheidung getroffen, aufgrund derer „die baltischen Völker in einem System leben mussten, dass sie selbst nicht gewählt hatten“. Es sei aber ungerecht, allein Russland Vorwürfe zu machen. „Man muss eingestehen, dass an jenem Tisch (in Jalta) nicht nur der Führer Russlands saß, sondern auch der britische Premierminister und der US-Präsident“, erklärte Bush.^{ix}

Die Welt titelt: *US-Präsident nennt Jalta-Konferenz „einen der größten Fehler der Geschichte“*^x Klar, dass das auf dem Sudetendeutschen Tag in Augsburg sofort aufgegriffen wurde. Für solche Zeitbomben, bzw. das Ausgraben des Kriegsbeils ist die SL sofort zu haben.^{xi} Übrigens: Lettland erhebt Gebietsansprüche gegenüber Rußland – eine Parallele zu den Sudetendeutschen?!

Flankiert wurde der Sudetendeutsche Tag vom 55. Pfingsttreffen der Landsmannschaft der „Buchenlanddeutschen“ in Unterechingen, Kreis Neu-Ulm. Der schwäbische Bezirkstagspräsident Jürgen Reichert (CSU) würdigte dabei die 50-jährige Patenschaft des Bezirks mit den „Buchenlanddeutschen“ und der Bundesvorsitzende Ewald Zachmann begrüßte u.a. politische Repräsentanten der Partnerregionen aus dem „rumänischen Teil der Bukowina“ und dem „ukrainischen Bereich des Buchenlandes“.^{xii}

Die „Siebenbürger Sachsen“ trafen sich mit Beckstein in Dinkelsbühl. Die *Augsburger Allgemeine* weiß zu berichten:

Rumäniens Agrarminister Gheorge Flutur hatte zum Auftakt am Samstag die Deportationen von Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg bedauert und angekündigt, seine Regierung werde versuchen, „die Fehler der Vergangenheit zu reparieren“. Er räumte ein, die Politik der kommunistischen Regierung habe die deutsche Minderheit in Rumänien in ihrer Existenz beeinträchtigt.^{xiii}

Diese Beispiele zeigen, dass das Terrain der Einmischung bzw. der Erosion weit gesteckt ist: über das Baltikum, Polen, Tschechien, Ungarn, Rumänien bis in die Ukraine. Bei deutschen Reaktionären und Rechtsextremen kann angesichts dessen wohl der Gedanke aufkommen, man könne den Osten vielleicht doch noch aufrollen. Der Stadt Augsburg, bzw. Regenbogen, käme nun die Pflicht zu, diesen Wahnideen nicht auch noch Vorschub zu leisten. Es grenzt schon an eine Vernachlässigung seiner Schutzpflichten gegenüber den Einwohnern der Stadt, wenn OB Wengert diese Bande erneut für 2007 einlädt und auch noch glaubt, ihnen das Wort reden zu müssen.^{xiv} Und die Torheit kommunaler Manager ist auch kaum mehr zu übertreffen, die den Sudetendeutschen Tag „aus Sicht der Messe“ als „positiven Faktor“

bezeichnen oder als „kostenlose Werbung für den Messe- und Kongressstandort Augsburg“ („Da ist der Sudetendeutsche Tag sicher eine Referenzveranstaltung...“).^{xv}

Haben in dieser Stadt wirklich nur Krämerseelen, die wahrscheinlich auch ihre eigene Großmutter verkaufen würden, was zu melden? Und rot-grüne Politiker die so kurzsichtig sind, dass sie den Schaden und die Gefahr nicht erkennen können, die von der Landsmannschaft ausgehen oder aus Feigheit nicht erkennen wollen? – Eigentlich müsste man nach diesem Sudetendeutsche Tag in Augsburg sagen: jetzt muss Schluss sein, das darf hier nicht mehr vorkommen!

Peter Feininger, 30.5.2005

ⁱ **Radio Czech 17.5.2005:** Vor dem Prager Außenministerium steht seit Montag eine zwei Meter große Statue des tschechoslowakischen Präsidenten Edvard Benes (1884-1948). [...]

„Ich bin froh, dass Prag ab heute auch ein Denkmal für den großen Masaryk-Schüler und -nachfolger hat. Das haben sowohl unsere Stadt als auch dieser beachtenswerte Mann verdient, der an bedeutenden Wendepunkten unserer jüngeren Geschichte an der Spitze des Staates stand.“

Der tschechische Ministerpräsident Jiri Paroubek hob in seiner Ansprache das positive Vermächtnis von Edvard Benes hervor, den er als Mitgründer des unabhängigen tschechoslowakischen Staates von 1918 und glühenden Verfechter der parlamentarischen Demokratie würdigte:

„Wie wir wissen, sind Kontroversen um unsere Vergangenheit immer auch ein Kampf um die Gegenwart. Und so hoffe ich, dass auch die junge Generation sich immer an die enorme moralische Autorität erinnert, die Edvard Benes in der tschechoslowakischen Gesellschaft vor allem während der nationalsozialistischen Okkupation hatte. Und auch für uns Politiker sollte die Persönlichkeit von Edvard Benes eine Quelle der Inspiration und eine ewige Warnung für die Zerbrechlichkeit der Demokratie bleiben.“ [...]

Der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber hatte die Enthüllung der Statue am Sonntag [...] als „Provokation“ bezeichnet. Benes sei für viele Sudetendeutsche ein schmerzhaftes Symbol für die Vertreibung aus der Tschechoslowakei, so Stoiber, der Benes in diesem Zusammenhang mit Jossif Stalin verglich. Dazu der Präsident des tschechischen Abgeordnetenhauses, Lubomir Zaoralak:

„Es tut mir leid, dass ich auf diese Äußerung hier reagieren muss. Aber so etwas können wir von tschechischer Seite nicht einfach übergehen. Denn wer so etwas sagt, dem geht es nicht um einen Dialog oder ein Gespräch. Das ist ein Angriff auf unsere Staatlichkeit. Ein Angriff auf Benes ist zugleich ein Angriff auf den Staatsgründer Tomas Garrigue Masaryk und die Ideologie des 1918 gegründeten tschechoslowakischen Staates.“ Auszüge aus Czech Radio 7, Radio Prague, Tagesecho 17.5.2005, Bilder ebd. <http://www.radio.cz/de/artikel/66603>

Radio Czech 18.5.2005: Ein wesentlich größeres Echo als Schröders Stellungnahmen zur Europa-Politik lösten in Tschechien allerdings seine klaren Worte zur deutsch-tschechischen Vergangenheit aus, und hier insbesondere zu den Nachkriegsvertreibungen der Sudetendeutschen, dem wunden Punkt in den deutsch-tschechischen Beziehungen:

„Ich gehöre zu denjenigen, die ganz entschieden darauf beharren, dass Ursache und Wirkung nicht verwechselt werden. Und die Ursachen sind Besetzung und Krieg, und das ist von Deutschland ausgegangen.“

Wichtige Worte für Tschechien, die am Mittwoch von allen führenden Tageszeitungen zitiert wurden. Ebenso wie Schröders Attacke gegen den bayerischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber. Dieser hatte unmittelbar vor Schröders Prag-Besuch der tschechischen Regierung Versäumnisse in der Aussöhnung mit den Vertriebenen vorgeworfen und in Tschechien für Empörung gesorgt. Stoiber sei „inhaltlich kein bedeutender Politiker“, so Schröder, und seine Äußerungen hätten keine Auswirkungen auf die deutsch-tschechischen Beziehungen. Fazit:

„Die deutsch-tschechischen Beziehungen sind in einem ausgezeichneten Zustand und wir denken überhaupt nicht daran, sie durch die ein oder andere Sonntagsrede in Unordnung bringen zu lassen. Es gibt speziell im Süden bei uns offenbar selbst ernannte Propheten, die nun jeden Berg besteigen, um eine nicht akzeptable Botschaft loszuwerden. Aber gut, damit werden wir umgehen müssen.“ <http://www.radio.cz/de/artikel/66638>

Radio Czech 20.5.2005: „[...] Eben jene Kontroverse zwischen dem Bundeskanzler und dem bayerischen Ministerpräsidenten war es, die in den tschechischen Medien den größten Widerhall fand. Bemerkenswert ist das deshalb, weil normalerweise in Tschechien vielfach keine Unterscheidung zwischen Bundes- und Länderpolitik vorgenommen wird und vielen Menschen nicht bewusst ist, dass die Worte eines bayerischen

Ministerpräsidenten nicht repräsentativ für die gesamte Bundesrepublik sein müssen. Eben zu dieser Erkenntnis gelangt die Zeitung „**Pravo**“ in ihrer Mittwochs Ausgabe. Der Titel des Kommentars lautet sinngemäß: „Deutsch ist nicht gleich deutsch“:

„Ein und dieselbe Sprache kann vollkommen unterschiedlich klingen. Das beweisen die grundsätzlichen Standpunkte zu den Ereignissen während und nach dem Zweiten Weltkrieg, wie sie Bundeskanzler Gerhard Schröder auf der einen und der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber auf der anderen Seite äußerten: Der erste Mann der Bundesrepublik erinnerte an die historische Tatsache, dass die Ursache für die Vertreibung der Sudetendeutschen die Kriegsgräuere waren. Stoiber hingegen erkennt zwar die blutenden Wunden an, die der Nationalsozialismus hinterlassen hat, behauptet aber, die Vertreibung sei die „größte ethnische Säuberung des 20. Jh. gewesen“. Während für den Kanzler die deutsch-tschechische Erklärung von 1997 und damit der Blick in die Zukunft die Grundlage für die gegenseitigen Beziehungen ist, fordert der bayerische Premier faktisch eine Geschichtsrevision.“

ii Hier einige markante Auszüge aus der Rede Stoibers am 15.5.2005 auf dem Sudetendeutschen Tag in Augsburg:

[...] Wir stehen in Deutschland mitten im Gedenkjahr 60 Jahre nach Kriegsende. Wir gedenken in Würde und ehrenvoll aller Opfer des Krieges, auch der Opfer im eigenen Volk. Die Bilanz des 2. Weltkrieges ist furchtbar: 55 Millionen Tote, der beispiellose Holocaust an den europäischen Juden, immense Verluste insbesondere bei den Völkern im Osten, millionenfache Deportation zur Zwangsarbeit in die Konzentrationslager. Ein Häftling aus Dachau sagte über das Konzentrationslager: „Es war eine Welt ohne Gnade“.

In Bayern haben wir in tiefer Trauer der Opfer in den Konzentrationslagern Flossenbürg und Dachau gedacht. Unter den Häftlingen waren auch Sudetendeutsche sowie über 200 000 Menschen aus allen von Deutschen besetzten Gebieten, darunter auch viele Tschechen. An der Gedenkfeier im Konzentrationslager Dachau nahm u.a. der frühere tschechische Ministerpräsident und jetzige Vizepräsident des Senats, Petr Pithart, teil. Er hat dort Angehörige verloren, wie so viele Tschechen Angehörige in deutschen Konzentrationslagern verloren haben.

Die NS-Diktatur mit ihrer menschenverachtenden Ideologie, die slawische Völker als minderwertig, Juden, Sinti und Roma oder behinderte Menschen als lebensunwert ansahen, hat unendliches Leid über Europa gebracht. Diese zwölf Jahre sind Teil unserer langen deutschen Geschichte. Da gibt es nichts zu verdrängen, nichts zu verschweigen, da gibt es auch keinen Schlussstrich. Dieser Teil unserer Geschichte bleibt für immer – und es bleiben für immer Mahnung und Erinnerung.

Alle von Nazi-Deutschland besetzten Nationen und unterjochten Völker trauern in diesen Tagen um ihre Toten. Und wir sind in Trauer mit ihnen verbunden.

Trauer, Mitgefühl, Erinnerung, Nicht – Vergessen, das gilt aber ebenso den Opfern unseres Volkes. Unsere bleibende Erinnerung gilt auch den Gefallenen, den in Gefangenschaft gestorbenen Soldaten, gilt den Bombenopfern – ich selbst war bei der Gedenkveranstaltung in Würzburg – gilt den Deportierten, den vergewaltigten Frauen, den Opfern von Flucht und Vertreibung. [...]

Vor zehn Jahren schrieb der damalige Bundespräsident Herzog in seinem Grußwort anlässlich der Gedenkveranstaltung an die Charta der Heimatvertriebenen: „Aber wahr ist auch: Weder deutsche Kriegsschuld noch der Nationalsozialismus waren eine Rechtfertigung für die Vertreibung von Millionen Deutschen“.

Vorangegangenes Unrecht darf und kann nie Quelle und Rechtfertigung für neues Unrecht sein, schon gar nicht im Sinne einer Kollektivschuld. Schuld hat nach unserem europäischen, aufgeklärten Rechtsverständnis immer etwas Personales. Es wurde bei der Vertreibung nicht gefragt nach Schuld oder Unschuld, es galt allein die Kollektivschuld. Staatspräsident Havel hat dies einmal Rache genannt. Die Vertreibung der Deutschen, die Vertreibung der Sudetendeutschen war und bleibt vor der Geschichte ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit, ein großes und schweres Unrecht.

Wem seine Würde und seine Menschenrechte verweigert werden, wem gewaltsam sein Eigentum und seine Heimat genommen wird, wer deportiert wird und Zwangsarbeit leisten muss, dem hat sich das erfahrene Leid und Unrecht unauslöschlich in Seele, Herz und Kopf eingepägt. In diesen Tagen vor 60 Jahren traf es Sie, die Sudetendeutschen, mit voller Wucht. Im Mai 1945 begann in Böhmen eine der größten ethnischen Säuberungen des 20. Jahrhunderts. Die FAZ hat vor einigen Tagen eindringliche Schilderungen von Augenzeugen gebracht. So hat z.B. ein zwölfjähriger Junge während dieser ethnischen Säuberung seine Eltern, seine beiden Brüder, seine Großmutter in tschechischen Lagern verloren.

Die Sudetendeutschen wurden für rechtlos, ehrlos, vogelfrei erklärt, hinausgeworfen aus ihrer Heimat, dem Land der Vorfahren, das seit 800 Jahren von Deutschen besiedelt war. Es traf gerade auch die Frauen, die Kinder, die älteren Menschen. Aussig, Brünn, die vielen Lager stehen für Inhumanität, für Leid, für Folter, für Tod. Aber

auch hier gilt: Schuld ist immer personal, nicht kollektiv. Es gab auch in dieser vergifteten Atmosphäre der Jahre 1945/46 durch tschechische Bürger Zeichen der Humanität, der Hilfe, des tröstenden Mitleids und Mitgefühls. Man kann es wohl sagen: Es waren die Deutschen im Osten, die nach Kriegsende insgesamt am schwersten an den Folgen des von Deutschland ausgelösten Krieges zu tragen hatten. Insgesamt wurden 15 Millionen Landsleute vertrieben, 2 Millionen kamen dabei ums Leben. Hinzu kam der Verlust der Heimat und des Eigentums. [...]

Es gibt die Kopenhagener Kriterien von 1993, die die Europäische Gemeinschaft als Wertegemeinschaft definieren. Passen dazu die Beneš-Dekrete, auf deren Grundlage die Sudetendeutschen vertrieben wurden? Ich sage Nein! Passt dazu das sog. Straffreistellungsgesetz vom 8. Mai 1946? Ich sage Nein! Mit Kroatien hat die Europäische Union den Beginn der Beitrittsverhandlungen auf unbestimmte Zeit vertagt, weil ein Kriegsverbrecher nicht ausgeliefert werden konnte. In unserem Nachbarland existiert aber immer noch ein Gesetz, das jene straffrei stellt, die an Deutschen Verbrechen begangen haben. Man sollte in Europa nicht mit zweierlei Maßstäben urteilen. Damit macht man sich unglaublich und dies führt zu Europaskepsis und Politikverdrossenheit.

In der deutsch-tschechischen Erklärung heißt es: „Die Bundesrepublik Deutschland und die Tschechische Republik teilen heute gemeinsame demokratische Werte ... Auf dieser Grundlage sind sie entschlossen, auf allen... wichtigen Gebieten freundschaftlich und eng zusammenzuarbeiten“. Bei Fragen der Vergangenheit vermisste ich die enge Zusammenarbeit, insbesondere die enge Zusammenarbeit mit den Betroffenen. In der deutsch-tschechischen Erklärung heißt es auch, dass die tschechische Seite das Gesetz Nr. 115 vom 8. Mai 1946 bedauert und dass infolge dieses Gesetzes Verbrechen an Deutschen nicht bestraft wurden. Die tschechische Seite bedauert dieses Gesetz: Dann soll sie es doch aufheben! Es wäre wirklich eine freundschaftliche Geste gewesen, wenn die Tschechische Republik in diesem Gedenkjahr, 60 Jahre nach Kriegsende, jenes Gesetz aufgehoben hätte, das ja sehr bewusst am 8. Mai 1946 beschlossen wurde, also am ersten Jahrestag nach Kriegsende. Vielleicht kommt es ja noch? Wir würden uns freuen!

Lange Jahre wurde über eine Entschädigung für jene Deutsche in der Tschechischen Republik nachgedacht, die besonders schwer nach dem 8. Mai 1945 gelitten haben. Der deutsch-tschechische Zukunftsfonds hat zwar zu Recht für tschechische Zwangsarbeiter Geld zu Verfügung gestellt, für deutsche aber bislang nicht!

Das sind die Fakten: Und ich spreche sie offen an, weil man vor den Menschen nur so glaubwürdig bleibt. Ich meine daher: Mit Blick auf den EU-Beitritt und mit Blick auf dieses Gedenkjahr 2005 wurden bisher leider Chancen vertan. Es kam von der tschechischen Politik keinerlei Geste über den Böhmerwald herüber zu den vertriebenen Sudetendeutschen. [...]

Es gibt außerhalb Tschechiens wohl keinen vernünftigen demokratischen Politiker in der Europäischen Union, der guten Gewissens sagt, die Beneš-Dekrete sind mit der Europäischen Wertegemeinschaft vereinbar. Denken Sie dagegen z.B. an die positiven Äußerungen baltischer oder ungarischer Politiker gegenüber den deutschen Heimatvertriebenen.

In diesen Tagen vor 60 Jahren begann Beneš, der aus seinem Exil von London nach Prag zurückkehrte, sein Wirken. Schlag auf Schlag traten jene Dekrete in Kraft, auf deren Grundlage die Sudetendeutschen enteignet, enteignet und schließlich vertrieben wurden. Seit 60 Jahren haben sie Bestand. Vor drei Jahren wurden sie vom Tschechischen Parlament bestätigt. Tschechische Gerichte fällen danach immer noch Urteile. Ich werde mich als Ihr Schirmherr mit den Dekreten, die die Sudetendeutsche Volksgruppe betreffen, niemals abfinden. Ich werde stets offen sagen und anmahnen, dass derartige Dekrete nicht in unser gemeinsames Europa passen und dass es das Beste wäre, sie verbindlich aufzuheben. Die Beneš-Dekrete sind eine offene Wunde in Europa. Das bleibt ein Zukunftsthema, in Bayern, in Deutschland, in Europa. [...]

Manuskriptfassung http://www.bayern.de/Presse-Info/Reden/2005/05-15_Sudetendeutscher_Tag.html

ⁱⁱⁱ s. den Artikel von Renate Hennecke *Stoibers Steinbruch-Strategie*, ebenfalls hier veröffentlicht

^{iv} zit. nach *Deutsch Tschechische Nachrichten Juli 2000*

^v *Netzeitung 14. Mai 2005* <http://www.netzeitung.de/deutschland/338700.html>

Wörtlich heißt es in der Pressemitteilung des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen, vom 14. Mai 2005: „Gerechtigkeit gegenüber den 15 Millionen deutschen Heimatvertriebenen durch die Anerkennung des Vertreibungsunrechts als eigenes Unrecht“ forderte Bayerns Sozialministerin Christa Stewens heute in Augsburg bei der Eröffnung des 56. Sudetendeutschen Tages, der dieses Jahr unter dem Motto „Vertreibung überwinden – Ausgleich schaffen“ steht. Stewens: „Es darf nicht weiter Übung bleiben, das Unrecht der Vertreibung nur im Zusammenhang mit deutschen Kriegsverbrechen zu

sehen und damit beiseite zu legen - denn solche Betrachtungen münden in eine ethische und historische Sackgasse.“ Die Verrechnung einer Untat mit einer vorausgegangenen steht nach den Worten der Ministerin außerhalb unserer Rechtstradition. Zudem verwische ein solches Verrechnen Verantwortlichkeiten und missachte die Würde der Opfer. Stewens: „Vor allem aber steht es jedem ernsthaften Bemühen entgegen, das Geschehene auf beiden Seiten kritisch aufzuarbeiten und Probleme gemeinsam zu lösen.“ Mit Blick auf die Feiern zum Kriegsende vor 60 Jahren bedauerte Stewens, dass das Schicksal von 15 Millionen deutschen Heimatvertriebenen an den Rand gerückt wurde. „Ein Europa, das von diesen Seiten seiner Geschichte keine Kenntnis nimmt, ist noch nicht bei sich angekommen“, betonte Stewens.

^{vi} aus der Einleitung eines Sammelbandes sudetendeutscher Wissenschaftler H. Preidel Hg., *Die Deutschen in Böhmen und Mähren. Ein historischer Rückblick, 1950*. Zitiert bei Eva und Hans Henning Hahn, UNAUFRICHTIGE VERTRIEBENENPOLITIK – Erst die deutschen Hausaufgaben machen, Deutsch Tschechische Nachrichten Nr. 51/52 Juli 2003. Im Folgenden zitieren wir die vollständige Passage, die auch im Hinblick auf Stoibers Rede von „eine[r] der größten ethnischen Säuberungen des 20. Jahrhunderts“ und Posselts Schwerpunkt einer „europäischen Konzeption“ sehr aufschlussreich ist:

Wichtigster Stein des Anstoßes in beiden Texten [zum Zentrum gegen Vertreibungen von Steinbach, BdV, und Meckel, SPD, im Jahre 2003; *Red*] ist jedoch die Verschleierung historischer und politischer Zusammenhänge durch das Schlagwort „ethnische Säuberungen“. Es suggeriert, die Sehnsucht nach ethnischer Homogenität sei der Hauptgrund dafür gewesen, dass die Gegner Hitlerdeutschlands während des Zweiten Weltkriegs auf die Idee gekommen seien, deutsche Minderheiten aus Osteuropa auszusiedeln. Die Chimäre des mono-ethnischen Staates sei die Ursache dafür gewesen, warum sie die furchtbaren Umsiedlungen sanktioniert hätten.

Dabei wird unterschlagen, dass es der großdeutsch-völkische Unwille, die Multikulturalität des östlichen Europa zu akzeptieren und zu respektieren, war, der die ethnische Säuberung Ostmitteleuropas herbeigeführt hat. Da sollte man sich an jenen Auftakt erinnern, von dem Hans- Ulrich Wehler im Zusammenhang mit der Ausweisung von 32.000 Polen im März 1885 gesprochen hat. Gehört nicht auch der im 19. Jahrhundert ausgebildete Mythos vom deutschen Osten und einer deutschen Mission im Osten in diesen Zusammenhang?

Die am Ende des Zweiten Weltkriegs im gesamten nichtdeutschen Europa vorherrschende Akzeptanz des Gedankens, die Vertreibung der Deutschen aus Osteuropa sei eine Notwendigkeit, ist ohne eine klare Benennung der Kausalitäten nicht erklärbar. Dennoch: Die Vertriebenenorganisationen haben da aus ihrer Sicht keinen Hehl gemacht: „Wenn diese Beschlüsse auch als Reaktion auf den vom deutschen Nationalsozialismus ausgelösten zweiten Weltkrieg erscheinen, so wird es doch täglich klarer, dass sie in erster Linie ein Triumph der slawisch-nationalistischen Bewegung waren, die dem deutschen Nationalsozialismus ebenbürtig an die Seite zu stellen ist“, hieß es 1950 in der Einleitung eines Sammelbandes sudetendeutscher Wissenschaftler; dem müsse man „eine europäische Konzeption“ entgegensetzen (H. Preidel Hg., *Die Deutschen in Böhmen und Mähren. Ein historischer Rückblick, 1950*). Bei dem Bemühen darum, mit einer konzeptionellen Europäisierung den Nationalsozialismus „ebenbürtig“ zu machen, spielte die Verdrehung der Kausalitäten (nicht der Zweite Weltkrieg mit seinen Ursachen und genozidalen Erscheinungsformen, sondern traditioneller slawischer Deutschenhass) eine ausschlaggebende Rolle. Wenn einzelne tschechische oder polnische Stimmen damals und heute den Transfer der Deutschen, wie es in Potsdam hieß, mit ethnischen Argumenten zu rechtfertigen bemüht waren oder noch sind, so ist das bedauerlich und wird zu Recht kritisiert. Die Vertreibung, 1945 durchgeführt und in Potsdam sanktioniert, war die Frucht einer Ratlosigkeit angesichts des Krieges und seiner Vorgeschichte. Dies mit dem Schlagwort ethnische Säuberung zu europäisieren, ist keine adäquate historische Interpretation. Es verschleiert, verdeckt, vernebelt und führt letztlich dazu, den Nationalsozialismus und seine Praxis „ebenbürtig“ zu machen.

^{vii} s. auch Renate Hennecke *Stoibers Steinbruch-Strategie*, ebd.

^{viii} Radio Prag 22.5.2005 <http://www.radio.cz/de/artikel/66783>

^{ix} Spiegel online 7.5.2005

^x Die Welt 9.5.2005 <http://www.welt.de/data/2005/05/09/716252.html>

^{xi} Der *Corriere della Sera* spricht von einem neuen „Krieg“ mit weitreichenden Folgen: „Nach dem Ende des Kalten Krieges und einer langen Phase der Unsicherheit zwischen dem Fall der Mauer und der Verschlechterung der amerikanisch-russischen Beziehungen durch die Irakinvasion sind nun die USA und Russland aufs Neue im Krieg. Der Konflikt ist am Samstag in einer baltischen Hauptstadt ausgebrochen, am Vorabend der großen Feierlichkeiten zum „Tag des Sieges“ in Moskau. Noch wissen wir nicht, wie dieser Konflikt ausgetragen wird und welcher Art Rückfall dies für das politische Gleichgewicht in Europa bedeuten wird. Aber die Erklärungen

von US-Präsident George Bush in Riga eröffnen ein Duell der Geschichte, das unausweichlich politische Folgen haben wird.“ Zitiert nach FDT Presseschau 9.5.2005 <http://www.ftd.de/pw/in/6156.html>

^{xii} Nach *Augsburger Allgemeine* 17.5.2005

^{xiii} ebd.

^{xiv} Zur Eröffnung des Sudetendeutschen Tags am 14. Mai in der Schwabenhalle sagte OB Wengert:
„Auch die *historische* Verantwortung ist hier in Augsburg zuhause. Sie steht in einer langen Tradition des Friedens und der Verständigung, die sich in den vergangenen Jahrzehnten auch in unserem Umgang mit den Landsleuten aus dem Sudetenland widergespiegelt hat, für deren Rechte wir uns aus der Augsburger Tradition heraus einsetzen. Dazu zählt ganz wesentlich auch das Recht auf Heimat als ein grundlegendes Menschenrecht. Wo immer dieses Grundrecht außer Kraft gesetzt wird, sind wir alle gefordert, nicht zuletzt diejenigen Deutschen, die brutale Vertreibung aus der Heimat am eigenen Leib erfahren oder mittelbar miterlebt haben, die wissen, was eine solche Vertreibung bedeutet.“
<http://www2.augsburg.de/fileadmin/www/dat/10ak/reden/2005/050514.pdf>

^{xv} So tönt es aus Regio und Augsburg AG, *Augsburger Allgemeine* ebd.